

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 201
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlag und Anzeigenabteilung
Geschäftstages 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 201

Der Streik in Schanghai.

Schwierigkeit des Abbruchs. - Neue Truppen sendungen der Mächte.

London, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Die letzten aus Schanghai eingetroffenen Meldungen zeigen, daß die Liquidierung des Generalstreiks auf gewisse Schwierigkeiten stößt. So sind zum Beispiel die streikenden Eisenbahner zur Arbeit zurückgekehrt, sie versuchten jedoch, den Eisenbahnbetrieb mit den Betriebsräten anstatt der bisherigen Beamten durchzuführen.

Chinesische Meldungen weisen darauf hin, daß nicht nur die Zwischenfälle in Schanghai, sondern auch die Zwischenfälle in Kanton auf die Nordtruppen und nicht auf Angehörige der Kantonarmee zurückzuführen seien. Es wird nunmehr bekannt, daß die von den britisch-amerikanischen Marineoffizieren geplante zweite Beschießung Kantsing zufolge des Protestes des japanischen Marinekommandeurs unterblieben ist, der sich schon geweigert hatte, an dem ersten Bombardement teilzunehmen.

Kanton holt deutsche Lehrkräfte.

Wiesbaden, 28. März. (M.Z.) Wie die „N. Wiesb. Ztg.“ hört, hat Professor Dr. Wagner von der hiesigen Landwirtschaftskammer, die an ihn ergangene Berufung als Professor für Land-

wirtschaft an der Universität Kanton und als landwirtschaftlicher Berater der südhinesischen Regierung angenommen; er wird noch im März die Reise antreten. Außer ihm sind noch sechs Mediziner und ein Oberförster als Professoren nach Kanton berufen worden und zum Teil schon abgereist.

Eine „Strafexpedition“ des Imperialismus

Militärterror der Engländer.

Kanton, 27. März. (Chines. Agentur.) Nach den neuesten Meldungen stellt sich die angebliche englische „Strafexpedition“ gegen die Seeräuber der Biasbay als eine brutale militärische Demonstration zur Einschüchterung der Bewohner der Provinz Kwantong heraus. Am 23. März landeten die Engländer von Hongkong aus vier Flugzeuge und vier Kriegsschiffe mit mehreren hundert Soldaten nach der Biasbay, Bezirk Weigang (Ostkwantong), angeblich um Seeräuberhochpunkte zu vernichten. In Wirklichkeit wurde mit größter Grausamkeit ein Raubfeldzug gegen die Anhänger der Südrregierung unternommen. Ueber 2000 Häuser wurden eingeschmiedet. Viele weitere Häuser sind durch das Feuer schwer beschädigt. Ueber 2000 Chinesen kamen ums Leben. Der Bevölkerung Kantsing hat sich eine große Empörung bemächtigt, und in gewaltigen Massenversammlungen wurde sowohl gegen diese neue englische Brutalität als auch gegen die Beschießung der Stadt Kantsing durch Engländer und Amerikaner protestiert.

Die Berichte der Hongkong-Zeitungen über die angeblichen Gräueltaten der Südruppen in Kantsing sind inzwischen völlig widerlegt worden, aber über die Qualen der durch die englisch-amerikanische Beschießung dieser Stadt getöteten Einwohner haben die Engländer bis zur Stunde noch nichts berichtet.

Katlosigkeit in Thüringen.

Besteht noch die Möglichkeit der Regierungsbildung?

Von A. Frölich, Mitglied des Thüringischen Landtags.

Die Wahl vom 30. Juni v. J. hat der Opposition des verstorbenen Landtags eine Mehrheit gebracht, die sich verteilt auf Sozialdemokraten 18, Kommunisten 8, Demokraten und Aufwärtler (Arbeitsgemeinschaft) 3 Sitze; diesen gegenüber stehen: Landbund 9, Volkspartei 6, Wirtschaftspartei einschließlich eines völkischen Hospitanten 6, Deutschnationale 4 und Hitler-Gruppe 2 Mandate. Angesichts der Zusammenfassung der Rechtsparteien - Landbund, Volkspartei und Deutschnationale haben als Einheitsliste den Wahlkampf bestritten - und des ungewöhnlich scharfen Kampfes, den seit 1921 diese Parteien gegen die Sozialdemokratische Partei geführt haben, ist es begreiflich, daß die Mehrheit der für die Entscheidung zuständigen Parteigenossen Verhandlungen mit den Rechtsparteien, durch einen vom Landtagsvorstand beauftragten Sozialdemokraten zu führen, ablehnten. Einmütigkeit bestand darüber, daß versucht werden sollte, eine Regierung von Sozialdemokraten und Demokraten zu bilden, wozu die Stimmen der Kommunisten notwendig gewesen wären. Aus Äußerungen von führenden Kommunisten mußte entnommen werden, daß die Kommunisten dazu auch bereit wären. Verhandlungen, die mit den Kommunisten geführt worden sind, die allerdings von einem Teil unserer Genossen für überflüssig erachtet wurden, ergaben, daß die Kommunisten wieder unerfüllbare Forderungen stellten und nur bereit waren, eine sozialdemokratische Minderheitsregierung, aber keine Demokraten, zu wählen. Wie diese Regierung mit 26 von 56 Abgeordneten gewählt werden könnte, ist eine kommunistische Preisfrage. Aber auch die Demokraten haben vom ersten Tage nach der Wahl erklärt, daß sie in eine Regierung, die von Kommunisten mitgewählt werde, nicht eintreten würden. Durch dieses Verhalten der Demokraten und Kommunisten war die vom Wahlausfall diktierte Absicht der sozialdemokratischen Fraktion, die „Ordnungsregierung“ scheinungsgemäß abzulösen, vereitelt worden.

Die Demokraten haben ein Uebrigtes getan, die Situation zu verwirren; ihre Forderung lautete: Regierung vom Landbund bis zur Sozialdemokratie. Dabei ließ sich die Landbundsfraktion in der Hauptsache aus völkisch und deutschnational gesinnten Personen zusammen. Nachdem die Bemühungen des sozialdemokratischen Unterhändlers, der vom Landtagsvorstand beauftragt war, zu versuchen, eine Regierungscoalition zustande zu bringen, gescheitert waren, mußte der Landbundsbeauftragte, der nur mit den bürgerlichen Parteien verhandelt hat, ebenfalls scheitern.

Eine ganz besondere Methode wendete darauf ein völksparteilicher Beauftragter an. Anstatt mit den einzelnen Parteien über die einzuschlagende Politik zu verhandeln, ließ er sich vom Landbund und Wirtschaftspartei beauftragen, die Sozialdemokratie zu fragen, ob sie bereit sei, mit den drei Parteien über die Bildung einer Regierung zu verhandeln. Auf die Frage der sozialdemokratischen Unterhändler, welche Politik denn zukünftig eingeschlagen werden sollte, erklärte dieser Unterhändler zunächst ganz naiv, das Programm der genannten Parteien sei die Politik der letzten drei Jahre.

Wenn der Volksparteiler später diese Erklärung auch einschränkte, so waren die Rechtsparteien aber nicht dazu zu bewegen, zu sagen, welche Politik sie beabsichtigten in Thüringen im angebahnten Bündnis mit der Sozialdemokratie zu führen. Daraus kann nur der Schluss gezogen werden: Die Volkspartei hatte ernstlich gar nicht die Absicht, die Sozialdemokratie zur Regierungsbildung mit heranzuziehen; ihr Ziel war, die Sozialdemokratie auszuschalten, um so die Demokraten für eine Rechtsregierung zu gewinnen oder in eine neutrale Stellung bei Bildung einer neuen Rechtsregierung zu drängen. Beweis dafür ist auch, daß der Volksparteiler, nachdem die „Verhandlungen“ mit der Sozialdemokratie gescheitert sind, seinen Auftrag nicht zurückgegeben hat, sondern weitere Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien führt. Er wird trotzdem scheitern, weil die Demokraten in eine Rechtsregierung in Thüringen nicht eintreten können und eine solche auch nicht tolerieren werden.

Als letzte wird die demokratische Fraktion einen Unterhändler stellen. Es wird aber diesem das Werk nur gelingen, wenn er von der demokratischen These „Regierung vom Landbund bis zur Sozialdemokratie“ abgeht und zu einem Programm, das eine Abkehr von der bisherigen reaktionären Politik in Thüringen bedeutet, eine Regierungscoalition zusammenbringt. Außerordentlich erschwerend steht diesem Streben die Tatsache entgegen, daß die Volkspartei durch die Neuwahl eines sozial rückständigen und als Scharfmacher bekannten Bergwerksdirektors kein besseres politisches Gesicht bekommen hat, und daß die Wirtschaftspartei nicht nur einen völkischen Abgeordneten in ihren Reihen zählt, sondern auch einen anderen Völkischen, dem nach dem klaren Wortlaut des Wahlfestes das Mandat zu Unrecht zugeteilt worden ist, als Hospitant aufgenommen hat. Um eine tragfähige Mehrheit zu erlangen, wären aber zur Koalition, wie sie von den Demokraten wohl als Minimum angefordert werden dürfte, die Sozialdemokraten mit 18, Demokraten mit 3, Volkspartei mit 6 und Wirtschaftspartei mit 6 Abgeordneten zu beteiligen.

Mißtrauen gegen Geßler.

Sozialdemokratischer Antrag im Reichstag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zur zweiten Lesung des Reichswehrvertrags ein Mißtrauensvotum gegen den Reichswehrminister Geßler eingebracht.

„Blutgericht.“

Die Entrüstung der Nationalen.

Enttäuschung im nationalen Lager! Endlich hat sich ein Gericht gefunden, das in voller Ausführlichkeit und Deffentlichkeit den Spuren der Fememörder nachgegangen ist. Endlich ist es, trotz eines raffinierten nationalen Lügen-systems, gelungen, die Finten, Schliche und Wintetzüge der Beschuldigten und Beteiligten unwirksam zu machen. Und schon schreit es: Blutgericht!

Am lautesten die „Deutsche Tageszeitung“. Das Organ der Agrarier gibt damit indirekt zu, daß die Verurteilten Fleisch von ihrem Fleisch, Bein von ihrem Bein sind. Es solidarisiert sich förmlich mit den Klapproths, Schulz und Konforten, spricht von einem „Bluturteil“, wie es in der Rechtspflege einzig dasteht, von der „Robustheit eines Gewissens“, die von den Richtern gezeigt wurde!

Selbstverständlich sind die Wordingen Unschuldensengel, die nur dem Vaterlande gegen außenpolitische Gefahren und im Innern sich selbst gegen „eine infame Hege und Bespitzelung“ heifen wollten!

Die „Tägliche Rundschau“ schlägt ähnliche Töne an. Sie meint: „Man hätte die Leute vor ein militärisches Ausnahmegericht stellen und ein Urteil in der Gesamtheit aussprechen müssen.“ Im ganzen wird durch dieses Urteil, nach dem Organ Stresemanns, das „Vertrauensverhältnis des deutschen Volkes zu seiner Rechtspflege bis zur Wurzel vergiftet“.

Wir stellen diese Bekenntnisse schöner Seelen hier fest. Nicht die ungeheuerlichen Urteile des Reichsgerichts gegen kommunistische Arbeiter, die zur Abwehr der Putschorganisationen rüsteten, nicht der Freispruch der Arbeitermörder von Perlach und Warbach, nicht die parteiische Rechtspflege in unzähligen ähnlichen Fällen - nein die durch Gnadengesuch gemilderte Beurteilung unbezweifelbarer Mörder vergiftet das Vertrauen zur Justiz, ist das - Blutgericht!

Das heißt, „national“ verbrämten, gegen die Republik gerichteten Verbrechern ist alles zu verzeihen. Verbrecher im Sinne dieser Parteiblätter sind nur Anhänger der republikanischen Staatsform!

Landesverratsprozeß gegen Reichsbanner.

Die Suche greift weiter.

Magdeburg, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Sommer und Herbst 1926 wurden im In- und Auslande von Ostpreußen aus Nachrichten über angebliche deutsche Rüstungen gegen Polen verbreitet. An der Herstellung entsprechender Dokumente waren polnische Agenten und „nationale“ Kreise beteiligt. Um diesem

Spiel ein Ende zu machen und einen Anlaß zum behördlichen Eingreifen zu geben, veröffentlichte der zweite Bundesvorsitzende des Reichsbanners, Karl Höstermann-Wagdeburg, einige im Umlauf gesetzte Rundschreiben über das Kleinstadterverbrechen in Ostpreußen. Darauf ist gegen ihn von der Oberreichsanwaltschaft ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet worden. Auf welcher Grundlage dieses Verfahrens aufgebaut werden soll, ist rätselhaft.

Kritik an der Heeresreform.

Auf dem Bezirksparteitag des Seine-Departements.

Paris, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag tagte hier der Kongreß der sozialistischen Bezirksverbände Seine. Er hat in seiner Vormittags-sitzung bei der Diskussion über den vom Parteisekretär vorgelegten Bericht den lebhaften Protest des Delegierten Graciani gegenüber den von dem sozialistischen Delegierten Paul Boncour ausgearbeiteten Entwurf zur Heeresreform angehört. Graciani betont, daß dieser Entwurf die ganze französische Nation ohne Unterschied des Alters und Geschlechts mobilisierte und sowohl in Arbeiterkreisen wie überhaupt in der sozialistischen Partei auf sehr scharfen Widerstand gestoßen sei. Er erklärte, daß die sozialistische Partei mindestens vorher darüber hätte befragt werden müssen. Daran anschließend kritisierte Zieromski eingehend die Tätigkeit des Völkerbundes, die in zahlreicher Hinsicht den Prinzipien der Internationale zuwiderlaufe; diese möge jede Zusammenarbeit mit dem Völkerbund ablehnen. Nach lebhafter Diskussion, in der viele Delegierte der Ansicht waren, daß die Heeresreform von Paul Boncour in mancher Hinsicht die Ideen von Jaurès widerspiegeln, wurde der Bericht angenommen, daß der Beitrag der Abgeordneten von 2000 auf 6000 Frank erhöht wird.

In der Nachmittags-sitzung stand zur Diskussion die Hauptfrage: die Stellungnahme der Partei den Radikalen einerseits und den Kommunisten andererseits gegenüber. Nach längerer Debatte wurde eine Resolutionskommission gebildet.

Staatsbank und Röttewitz-Kredite.

Staatsbankpräsident Schröder als Zeuge im Barmat-Prozeß.

In der heutigen Verhandlung des Barmat-Prozesses wurde Staatsbankpräsident Schröder zu der Angelegenheit der von Lange-Hegemann an die Sächsishe Papierfabrik in Röttewitz vermittelten Kredite vernommen. Die Preussische Staatsbank war dazu auf Veranlassung des Postministeriums eine Bürgschaft eingegangen, in der Annahme, daß es sich um Kredite für das Ruhrgebiet handele. Präsident Schröder erklärte im Gegensatz zu Lange-Hegemann, daß die Staatsbank nichts davon gewußt habe, daß der Kredit für Röttewitz bestimmt gewesen sei. Man sei sehr überrascht gewesen, als Lange-Hegemann viel später erklärt habe, die Kredite seien der Papierfabrik zugute gekommen.

Der Angeklagte Dr. Heilmig ergänzte und bestätigte die Angaben des Staatsbankpräsidenten, während Reichstagsabgeordneter Lange-Hegemann auf seiner Darstellung beharrte. Diese Widersprüche führten zu scharfen Auseinandersetzungen. Auch Barmat erklärte, er habe erst nach der Gewährung des Kredites erfahren, daß dieser für die Papierfabrik verwendet werden sollte.

Nach alledem steht im Hintergrund Landtagsauflösung und Neuwahlen! Aber auch in diesem Falle müßte zuvor, soll der Landesversammlung nicht Zwang angetan werden, die Neuwahl der Regierung erfolgen. Die sozialdemokratische Fraktion wird nach dem Zusammentritt des Landtages — am 30. März d. J. — nichts unversucht lassen, um den unhaltbaren Zustand zu beseitigen, daß eine Regierung, die das Vertrauen der Wähler nicht mehr besitzt, noch weiter am Ruder bleibt.

Weltkrieg Nr. 2.

Deutschland muß mitmachen — sagen die Deutschnationalen.

Herr Stresemann hat jüngst im Reichstag vor dem tiefen Friedensbedürfnis der Welt gesprochen, das am stärksten in Deutschland ausgeprägt sei, und er hat es eine glückliche Tatsache genannt, daß sich das wohlverstandene Interesse Europas — nämlich der Frieden — mit dem Interesse Deutschlands vollständig decke. Jetzt erteilt ihm der deutschnationalen Pressedienst durch einen Aufftrag Freytagh-Loringhovens die Antwort.

Unter der Überschrift „Und wir?“ setzt er auseinander, „daß sich uns jetzt die Gelegenheit bietet, die Ketten von Versailles abzuwerfen und die alte Freiheit und Größe zu erlangen.“ Dazu ist weiter nichts notwendig als ein neuer Weltkrieg, der aber nach Freytaghs Ueberzeugung ja doch sowieso ganz bestimmt kommt. England wird mit Rußland, Frankreich mit Italien, Polen mit Litauen Krieg führen. Bleibt Deutschland in diesen Kriegen neutral, so wird es — auch das weiß der deutschnationalen Seher ganz genau — aufgeteilt werden. „Ostpreußen, Schlesien und Pommern würden an Polen fallen, die Rheinlande an Frankreich, Sachsen an die Tschechen.“ Herr v. Freytagh weiß zwar noch nicht recht, an wessen Seite wir marschieren sollen, aber Hauptsache ist, daß wir marschieren:

Ob wir uns für Rußland entscheiden oder für England, ob für Frankreich oder Italien, darüber läßt sich streiten. Aber über eines müssen wir uns klar sein: eine Wahl werden wir nicht vermeiden können. Und ebenso klar muß uns sein, daß nur eines bestimmend ist bei dieser Wahl. Wir stellen uns auf die Seite dessen, der uns das bietet und bieten kann, dessen wir bedürfen, die Sicherheit, daß der Versailler Vertrag zerrissen ist, daß wir unsere Freiheit wiedererlangen, daß wir — und darauf kommt es vor allem an — über unsere Wehrverfassung selbst beschließen dürfen.

Durch Verhandlungen und Zugeständnisse und Verträge werden wir nicht frei. Das haben uns die Jahre seit Versailles gelehrt. Heute hören wir den Schritt Gottes durch die Geschichte. Werden wir vorstürzen und seinen Mantel ergreifen?

Das Wichtigste also, was wir im zweiten Weltkrieg durchzuführen haben, ist die Freiheit, auch schon wieder für den dritten rüsten zu dürfen.

Die Schwägerinnen des Herrn v. Freytagh sind ein unerträglicher Blödsinn. Denn erstens sind die neuen Kriege, die er prophezeit, noch nicht da, und solange sie nicht da sind, gibt es nur eine Aufgabe: sie verhindern zu helfen. Zweitens ist der Popanz von der Aufstellung Deutschlands selbst von Freytagh gar nicht ernst gemeint, denn keiner der Nachbarstaaten Deutschlands hat den Wunsch, seine fremdsprachige Bevölkerung um weitere Millionen zu vermehren. Und wie stark die Stellung selbst kleiner und schwächer Staaten im Kriege ist, wenn sie neutral bleiben, zeigt die Geschichte der Schweiz, Hollands und der skandinavischen Länder während des Weltkriegs. Dort ist jeder verständige Mensch ohne Unterschied der Partei noch heute sehr glücklich darüber, daß sein Land in den Krieg nicht mitingegriffen hat.

Die gräßlichen Gefahren der Neutralität sind von Freytagh nur erfunden, um Deutschland in den Krieg, den er wünscht, unter allen Umständen hineinzubringen. Was helfen die Ausführungen Stresemanns im Reichstag, wenn die Presse der größten Regierungspartei durch

ihren offiziellen Dienst derart verbrecherischen Gedankengängen weiteste Verbreitung schafft? Würden die Ideen Freytaghs für die deutsche Politik maßgebend, dann könnte das Ausland mit Recht sagen: Deutschland will einen neuen Weltkrieg, um Revanche zu nehmen.“

Will Herr Stresemann die Verantwortung dafür übernehmen, daß sich draußen eine solche Auffassung von den Absichten Deutschlands festsetzt? Herr v. Freytagh-Loringhoven ist der Führer einer Richtung, die heute in der deutschen Außenpolitik zwar noch nicht entscheidend, aber immerhin einflußreich ist. Der „Tägliche Dienst nationaler Zeitungen“ ist ein offizielles Organ der deutschnationalen Regierungspartei. Ist es zu ertragen, daß mit Deutschlands Schicksal noch einmal ein so verbrecherisches Spiel getrieben wird?

China in der Weltpolitik.

Vortrag in der Sozialistischen Hochschule.

Im Rahmen der Freien Sozialistischen Hochschule sprach am Sonnabend Professor Federer-Heidelberg vor gutbesetztem Saal über die weltpolitische Bedeutung der gegenwärtigen Umwälzung in China. Der Vortragende bemühte sich um den Nachweis, daß die inneren Wirren Chinas nicht einfach gleichgültig sind mit den Generalkriegen und dem Söldnerwesen, wie wir es aus der ganzen chinesischen Geschichte kennen, sondern daß tatsächlich etwas grundsätzlich Neues im Werden ist. Im Hinblick auf die weltpolitische Rolle Chinas läßt sich sagen, daß China sich aus einem Objekt der Politik der europäischen Mächte zu einem selbständigen Faktor zu wandeln im Begriffe steht. Das vergangene Jahrhundert zeigt, wie sehr man gewohnt war, China als den

„kranken Mann“ im Osten

zu betrachten, um dessen Erbe man sich ungeniert streiten konnte. In längeren Ausführungen bezeichnete er die Chinesen als ein statisches Volk, nicht zu Eroberungen drängend, mit einem ausgeglichenen sozialen System als Grundlage, von einem nicht erblichen Gelehrtenadel beherrscht, in der Familien- und Dorfgemeinschaft und im Ahnentumel aufgehend. Diese Lebens- und Wirtschaftsweise erzeugt eine pazifistische Grundstimmung, praktische Bedeutung der Ethik, Solidarität, Fleiß und Gehorsam. Das riesige chinesische Reich ist kein Staat im europäischen Sinne. Was dieses Reichreich von 400 Millionen zusammenhält und -hält, ist einzig die Kulturgemeinschaft und Tradition. Auf diesem Hintergrund spielt sich nun der

große Zerfurchungsprozeß

ab, den der europäische Kapitalismus bewirkt hat. Die Familie, bisher der entscheidende Faktor in China, ist in ihrem Bestand bedroht. In den neuentstandenen Millionenstädten werden Menschen aus den verschiedensten Landesteilen durcheinandergewürfelt. Der industrialisierte Chinese wird kein Europäer, sondern ein Entwurzelter, darauf beruht seine Aufnahmefähigkeit für neue Ideen.

Mit den Fabriken und Gewerkschaften wird ein neues soziales Gehäuse geschaffen, das an die Stelle der Familie tritt. Die chinesische Arbeiterklasse hat daher mehr Klassenbewußtsein als das noch in den alten Traditionen wurzelnde politische Unternehmertum. Massenelend, Schullosigkeit der Industriearbeiter, die Kinderarbeit, die unbegrenzte Arbeitszeit in den europäischen Betrieben haben die Grundlage für die Propaganda der Kuomintang-Partei geschaffen. In den Chinesen gehörenden Betrieben herrschen etwas bessere soziale Verhältnisse.

Der Einfluß Moskaus auf Kuomintang ist hauptsächlich auf die Befähigung der ähmeren Lage, der Feindschaft gegen England, zurückzuführen. Seit der Schieberei von 1925 auf eine unbewaffnete Menge, die ungeheuer aufwühlend gewirkt hat, hat sich England in China gemäßigter verhalten. Daher wird der Kampf verhältnismäßig ruhig und ohne Blutvergießen ausgetragen; Kuomintang hat Streikregeln ausgegeben und eine Schiedsgerichts-

barkeit eingerichtet, die sich fern von allem Radikalismus halten, von Sozialismus ist nicht einmal die Rede. Japan wird neuerdings sehr rücksichtsvoll gegen das aktiv gemordete China und Rußland sucht Beziehungen in unendlichen Verhandlungen. Die Gruppierung ist augenblicklich: China—Rußland—Japan gegen England—USA.

Darüber, wie sich die Verhältnisse in China weiterhin entwickeln werden, ist unmöglich zu prophezeien. Jeder Tag kann neue Gruppierung der inneren Kräfte bringen. Eines aber lehrt das gegenwärtige Ringen Chinas mit aller Deutlichkeit: daß die Ueberwindung des Kapitalismus ein weltpolitisches Problem ist.

Um Ahlemann.

Die Schwarze Reichswehr und ihr Ursprung.

Im Fernprozeß Wilms wurde festgestellt, daß die Leute der Schwarzen Reichswehr durch rechtsgerichtete Kreise eingestellt wurden. Es fiel der Name des Herrn Ahlemann. Wir berichteten, und Herr Ahlemann schickte uns die folgende Berichtigung:

„Es ist nicht wahr, daß der größte Teil der Leute der Schwarzen Reichswehr durch mich eingestellt worden ist. Wahr ist, daß auf meine Empfehlung einzelne junge Leute sich bei der Reichswehr gemeldet haben.“

Es ist nicht wahr, daß der Bizepolizeipräsident Weiß ausgesagt hat, der größte Teil der Schwarzen Reichswehr sei durch Oberleutnant Ahlemann eingestellt.

Wahr ist, wie mir der Herr Bizepolizeipräsident im Schreiben vom 23. März mitteilt, daß er einen im August 1923 vom Herrn Polizeipräsidenten an den Herrn Minister des Innern erstatteten Brief vorgelesen hat, in dem erwähnt war, daß nach Auslage gewisser Angehöriger des damals in Spandau befindlichen Arbeitskommandos, ich die betreffenden Leute angeworben hätte.“

Herr Ahlemann war also beteiligt. Warum jetzt plötzlich die Bescheidenheit, die eigene Rolle möglichst gering erscheinen zu lassen? Ist es die Furcht, durch laufende und künftige Fernprozesse noch mehr kompromittiert zu werden?

Die Rechtspflege bedroht!

Eine Behauptung und vier Beweise.

Behauptung: Die Sozialdemokratie bedroht die Unparteilichkeit und Sicherheit der Rechtspflege. (Täglich zu lesen in den deutschnationalen Blättern.)

Erster Beweis: Der Strafanstaltsdirektor von Neumünster wird wegen amülicher Begünstigung des am Rathenow-Mord beteiligten Marineoberleutnants Brandt zu 200 Mark Geldstrafe an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von einem Senat verurteilt.

Zweiter Beweis: Der Strafanstaltsdirektor von Vichtenburg, Nicolai, wird von dem Geistlichen seiner Strafanstalt, dem Pfarrer Hahn-Jump, gleicher Begünstigung von Fememördern beschuldigt. Die Sache bleibt „unauferklärt“, da Nicolai bestreitet und Hahn-Jump wie Nicolai bald darauf sterben.

Dritter Beweis: Im Wilms-Prozeß ergibt sich, daß der Strafanstaltsoberpfarrer Pentzschke von Landesberg unter Mißbrauch seiner seelsorgerischen Tätigkeit den Oberleutnant Schulz begünstigt hat, indem er Mißangeklagte zur Zurücknahme ihrer den Schutz belastenden Aussagen zu bewegen suchte und verbottenen schriftlichen Verkehr zwischen den Angeklagten Schulz und v. Pojer vermittelte.

Vierter Beweis: Im Rauheimer Fernprozeß ergibt sich, daß der amlich mit der Untersuchung gegen den Angeklagten Heinz besetzte Referendar Zimmer in Gießen den Heinz brieflich über die Aussagen der Belastungszeugen unterrichtet und ihn von seiner bevorstehenden Verhaftung in Kenntnis gesetzt hat.

In allen vier Fällen haben die Täter aus Sympathie mit den Fememördern und aus ihrer „nationalen“ Gesinnung heraus ihr Amt als Justizorgane zu strafbarer Begünstigung mißbraucht.

Also: Die Sozialdemokratie bedroht die Unparteilichkeit und Sicherheit der Rechtspflege. . .

Trauerspiel.

Von Lucian.

Wo findet man die köstlichsten Kleinodien des deutschen Gemüts? Man durchblättere eine Nachtausgabe des sich „Tag“ nennenden Blattes und man wird seine Freude haben an der Seelentiefe, die sich da offenbart. Seit augenacht, eigene Mitteilung unseres New Yorker Korrespondenten. Ein Erdbeben? Eine verheerende Sturmflut? Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen? Nein. Erzherzog Leopold von Oesterreich verlor in der Metropolitan Opera im Gedränge des Ordenszeichens des Goldenen Vlieses. Gegenüber der erschütternden Tragik dieses Ereignisses verblissen die übrigen Meldungen von Kinderelend, den mordtötenden Jugendlichen, den Vorfängen auf dem Balkan oder in China. Ein Erzherzog, der keiner mehr ist, der in seiner Heimat Oesterreich nach dem republikanischen Beleg Herr Habsburg genannt wird, verliert in der Dollarunion gewissermaßen die Erkennungsmarke, woran man ersieht, daß er nicht nur ein beliebiger Mensch ist wie du und ich, wie Mr. Kubisch oder der Präsident, sondern etwas Extratürliches, etwas ganz unerhörtes, ein Mensch von weltbewegenden Verdiensten.

Schauer müssen jeden überreifen, wenn er bedenkt, daß der Orden vom Goldenen Vlies von Herzog Philipp III., dem Gütigen von Burgund am 10. Januar 1429 gestiftet worden ist, daß das Großmeisteramt nach Erlöschen des Mannesstammes von Burgund durch Maria, die Thronerbin, an Kaiser Maximilian I. von Habsburg gekommen ist. Weltgeschichten tut sich auf, Ritterturniere, Hofgesellschaften, Falkenjagden, Follerungen und ähnlicher, mittelalterlicher Pomp zeigen sich dem flümpfenden Auge. Und nun läuft ein Mensch unter uns herum, in denselben Kleidern wie andere zahlungsfähige Bürger, und trägt das erhabene Mittelalter auf seinem Trod. Es ist, wie wenn jemand eine gotische Kathedrale auf seinen Schultern schleppte. Mrs. Vanderbilt erglüht, wenn sie seinen Atem spürt, alle Milliardbörgerlein zittern vor Wollust, wenn ein Blick eines solchen Halbgotts sie streift. Und nun ist der gotische Dom, vielmehr das Goldene Vlies, nicht mehr da, und der Erzherzog im Irack läßt sich nicht mehr von einem Keilner des Astoriahotels unterscheiden.

Wie weich konnte man früher auf einem solchen Goldenen Vlies sich betten! Drunten darobten die Wälder oder rauchten sich, aber oben leuchtete die Sonne von Burgund, Lothringen und Habsburg, von Böhmen und Dalmatien, von der gefährlichen Grafschaft Tyrrol, von Ungarn und Slavonien, vom Königreich Jerusalem und wie alle die Ruhmesstätten der Krone Habsburg hießen. Alles vorbei, alle Länder verloren, Habsburg ein gemeiner Bürgername wie Mayer oder Huber, oder gar wie Löwenthal oder Frankfurter. Was bleibt da übrig? Noch ist das Goldene Vlies gerettet, wie weiland jenes andere, auf dem Josen aus dem Lande Kalchis zog, ein Zauberornament im Lande der Dollarfluten. Kann man die Tränen aus Drucker-Schwärze nicht begreifen, die das Hugenberglätt vergießt, wenn man überlegt, in welche Hände das burgundische Heiligum

geraten sein möchte. Vielleicht hat es ein fetter Schweinehändler aus Chicago seiner Frau geschenkt, die es nun auf ihrem wogenden Busen trägt, vielleicht wandert es in eine Mastengarderohe, vielleicht sogar in die Trödelbude eines Negers. Wenn der Erzherzog im Kreise bürgerlicher Millionäre den verbotenen Burgunder trinkt, wie gänzlich geschlagen muß er sich jetzt fühlen. In der Metropolitan Opera zu New York, wo der Erzherzog das Goldene Vlies verlor, vollzog sich der letzte Akt der Tragödie Habsburg, und es ist amerikanischen Blättern nicht zu verheimeln, wenn sie jenen historischen Glanz, womit die Weltgeschichte ihr Land begnadet, sensationelle Spalten widmen. Das Hugenberglätt aber, das für die Not des eigenen Volkes kein Auge hat, beweist wahrhaftig historischen Sinn und ein rührendes menschliches Mitgefühl, wenn es der goldenen Erkennungsmarke Tränen nachweint, noch heute, wo die Träger von Millionen Erkennungsmarken aus Eisen längst in ihren Rassen-gräbern vermodert sind.

Sechserromantik.

Das Komödienthaus hat jetzt seine Sendung als moralische Anstalt erkannt. Es beglückte uns am Sonnabend mit der Uraufführung eines prima Schauspiels der altrenommierten Lustspiel-dichter Rudolf Bernauer und Rudolf Oesterreicher „Das zweite Leben“. Gleichwie die Couris-Mahlerischen Reitererschöpfungen ermahnt das Stück uns eindringlich, stets listig zu sein, damit es uns nicht ergehe, wie der bedauernswerten Gräfin Verda Ballentin, die für einen in lauer Frühlingsnacht verübten Seitenstreich eine gar grausame Strafe empfangt. Einem lockeren Fiedelkünstler geht sie auf den Bein und auf die Bude, während der hochgeborene Gatte sie im Schlafwagen gen Wien wähnt. Gerade dieser Schlafwagen, ach, wird anlässlich eines Eisenbahnunglücks derartig zugerichtet, daß nur ein Häuflein Asche übrig bleibt. Um den so tragisch vermittelten Grafen, der an die Stätte des Unglücks geeilt ist, abzulernen, will sein Vater den Gegenkünstler als Trostspender dahinholen. Wen trifft er in dessen Zimmer? Seine totgeglaubte Schmiegetochter. Verdammtes Beck! Runneher lernen wir, wie ein Maß von Korrektheit ein echter Graf aufzubringen imstande ist. „Ja“, sagt er, „ich habe keine Tochter mehr. Was soll ich überdies mit den Krampfsenden anfangen, die jetzt einlaufen werden?“ Dies Argument erkennt auch Frau Verda als zwingend an und beschließt, tot zu bleiben und ein zweites Leben anzufangen. Wie sie das eingetrachte und anständigere Weise ausgeübte Vermögen verbräutet und den Beruf einer besseren Dirne ergreift, erfahren wir nicht, da sich diese Ereignisse zwischen dem zweiten und dritten Akt abspielen. In Paris sieht sie, wie ein Zufall, ihr Witwer wieder, erkennt sie aber nicht. Wie soll er auch? Sie hat sich gebrochenen Dialekt und einen anderen Bubikopfschnitt zugelassen. Dagegen merkt das inzwischen zur Sechsjährigen herangewachsene Kind sofort, wer sie ist.

War Mutter auch jahrelang verbannt.

Das Kinderauge hat sie doch gleich erkannt.

Obgleich der Herr Graf wieder mächtig Feuer gefangen hat, läßt er sich nicht nehmen, beleidigt zu fragen: „Wo hast du dich denn die

ganze Zeit herumgetrieben?“ Das findet sie ihrerseits zu stark, nimmt das Kind und fährt mit einem Plantagenbesitzer nach Argentinien.

Die Verfasser dieses rührenden Schau(er)spiels besitzen (bereits bewiesenen) schwer zu unterdrückende Begabung für spähige Witzungen: bei den tragischsten Szenen des Dramas konnte ein Teil des Publikums sein herzliches Gelächter nur schwer unterdrücken. Andere Zuschauer ließen ihren heimlichen Tränen freien Lauf. Es war auch rührend zu sehen, wie sich der zu Besseren berufene R. V. Roberts und besonders Wally Christians in den Schmarren eingelebt hatten. Wally Schmerz war echt empfindend, konnte aber bei der Talmitrogik natürlich nicht erschauern. Außerdem stürzte das im Film vielleicht angebrachte Himmel mit den Augen empfindlich. Daß Walter Rilla einen Lebemann mit der Eleganz eines meinerlichen Galaten spielte, war dem Verfasser Rudolf Bernauer (der auch Regie führte) ebensowenig ausgefallen, wie die Tatsache, daß man seine Art der verlogenen Rührromantik sogar auf den Sommerbühnen in der Hafenheide überwinden hat.

Ernst Degener.

Beethovenfeiern in der ganzen Welt. Aus allen Ländern, aus allen Hauptstädten laufen die Nachrichten von Beethovenfeiern ein. Besonders eindrucksvoll gestaltete sich die Feier in Wien. Sonntag vormittag fand im Beisein der Vertreter der ausländischen Regierungen am Grabe Beethovens eine Feier der Sängerschaft statt, die sich zugleich zu einer Huldigung der Wiener Bevölkerung gestaltete. Das weiße Grabmal Beethovens hob sich leuchtend aus einem Meer von grünen Kränzen und Blumengewinden heraus. Nach Einleitung der Feier durch den Bläserchor der Stadtooper brachten etwa 600 Sänger unter Leitung des Musikdirektors Weinberg-Bonn Beethovens „Die Chre Gottes“ in ergreifender Weise zum Vortrag. Hierauf ehrten die Festgäste, die Sänger und das zu Tausenden herbeigeströmte Publikum, still und ernüchtert hauptes am Grabe vorübergehend, das Andenken des großen Toten. Zur gleichen Zeit legte namens des Vereins Beethovenhaus in Bonn dessen Vorstand am Wiener Beethovendenkmal einen Kranz nieder, der aus Epheu vom Geburtslande Beethovens gewunden war. Mittags gelangte im großen Konzerthaus Beethovens Missa solennis zur Aufführung, während der Abend vornehmlich Egmont in der Stadtooper gemüht war.

Eine besondere Rats hatte die Feier in Athen. Der Unterrichtsminister legte zum Zeichen der höchsten Ehrung im Namen der Regierung einen Zweig von einem auf der Akropolis grünenden, der Minerva geweihten Ölbaum nieder. Dieser Zweig wird, eingefügt in eine Blatte pentelischen Marmors, vom Athener Konservatorium an das Geburtsland Beethovens in Bonn gesandt werden.

Große Feiern werden auch aus New York und St. Louis, wo der deutsche Botschafter sich an der Feier des einen deutschen Männergesangsvereins beteiligte, gemeldet.

Das letzte Sinfonienkonzert des Berliner Sinfonie-Orchesters unter Leitung von Tr. Felix Raabe findet am 30. März im Blüthner-Saal statt. Es tritt der Abend in die Maximilian-Palast-Konzerte, die das Ministerkonzert v. Fürst von Rosen zum Vortrag bringt. Das Programm enthält außerdem „Leonore II“ und die „Cicilia“ von Beethoven.

Ein Pfarrer unter Mordverdacht.

Eingreifen des Generalsuperintendenten in die Voruntersuchung.

Ende Januar d. J. lief bei der Berliner Kriminalpolizei ein Schreiben eines in dem märkischen Dorfe Königshorst wohnenden Mannes ein, in dem er den Verdacht aussprach, daß der dortige Ortspfarrer Schnoor im Dezember 1918 seinen Schwager, den damals 23 Jahre alten Leutnant Hans Wirth, vorsätzlich erschossen habe. Dem Schreiben waren noch mehrere genaue Angaben über den Hergang der Tat beigelegt und auch eine Anzahl Zeugen angegeben. Zu dem Vorfall nahm, wie der Evangelische Presseverband für Brandenburg mittels, im letzten Gottesdienst der Gemeinde Königshorst der Generalsuperintendent der Kurmark, Dr. Dibellius, selbst das Wort. In dem Bericht heißt es:

„Kürzlich wurde der Ortspfarrer auf eine anonyme Anzeige hin von Berliner Kriminalbeamten nach einer Bibeltunde zur Vernehmung nach Berlin geschleppt. Man hätte ihn beschuldigt, vor acht Jahren seinen eigenen Schwager ermordet zu haben, während dieser in Wirklichkeit von Kommunisten vor den Augen des Pfarrers erschossen war. Kirchenregiment und Gemeinde bezeichnen das Verfahren der Kriminalpolizei geradezu als unerhört. Denn die Polizei mußte wissen, daß im Urteil einer Landgemeinde eine solche Festsetzung einer Verhaftung gleichkommt. Die Polizei mußte sich ihrer Verantwortung bewußt sein, daß es nämlich etwas Unerhörtes ist, und einer genauen Nachprüfung bedarf, ehe man einen Geistlichen des Mordes bezichtigt. Nur ganz außerordentliche Umstände konnten es rechtfertigen, wenn die Polizei einen Geistlichen bei Nacht und Nebel nach Berlin schleppt, um ihn dort wegen einer derartigen Anklage zu verhören. Von solchen außerordentlichen Umständen kann aber in diesem Falle in keiner Weise die Rede sein, denn es handelte sich um eine Sache, die schon acht Jahre zurückliegt, und um eine Anzeige aus anonymen Quellen, bei der in der Bewertung doppelte Vorsicht geboten ist. Vor allen Dingen aber handelte es sich um einen evangelischen Geistlichen, der in der ganzen Gegend als eine bescheidene und lautere Persönlichkeit bekannt ist. Der Generalsuperintendent erwartet von der Polizei, daß sie das Amt eines evangelischen Geistlichen respektiert. Vergeßlich haben Gemeinde, Pfarrer und Kirchenregiment erwartet, daß die Polizei Mittel und Wege findet, das Ungeheuerliche, das sie angerichtet hat, wieder gut zu machen. Gemein ist die Ehre eines evangelischen Geistlichen unabhängig von dem Verhalten der Polizei, aber die evangelische Kirche hat in einem freien Volksstaat den Anspruch darauf, daß ihre Pfarrer nicht ohne weiteres wie Verbrecher behandelt werden. Kein Wort ist zu scharf, um das rücksichtslose Verhalten der Polizei zu charakterisieren, die bis jetzt, nachdem sich die völlige Haltlosigkeit ihrer Beschuldigung erwiesen hat, noch kein Wort der Entschuldigung fand. Gemeinde, Kirchenregiment und die öffentliche Meinung, der es daran liegt, daß Recht und Gerechtigkeit Fundament ihres Staates bleiben, verlangen von der Polizei, daß sie zu den sittlichen Qualitäten eines evangelischen Geistlichen mehr Vertrauen habe, als zu dem Geschrei irgend eines anonymen Schurken. Wer der Polizei ein Mißgriff passiert, dann muß sie ihr Unrecht bekennen. Es ist zu erwarten, daß dieser unerhörte Übergriff in das Privatleben eines unbescholtenen Mannes im Landtag einmal zu einer gründlichen Besprechung über die Zustände im gegenwärtigen Polizeiwesen führen wird.“

Der Generalsuperintendent der Kurmark mag durch seinen Beruf leicht dazu verleitet werden, große und löbliche Worte zu gebrauchen, ohne befürchten zu müssen, auf Widerspruch zu stoßen. Unerhört (er hat dieses starke Wort dreimal gebraucht) und ungeheuerlich an seiner Verlautbarung aber ist es, daß es ein höchst verantwortliches geistliches Würdenträger der evangelischen Kirche es wagte, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen und die mit der Untersuchung beauftragte staatliche Behörde, die Polizei, in einer Form abzanzelt — im Sinne des Wortes, denn er sprach von der Kanzel — die geeignet ist, das Ansehen der Staatsbehörde auf dem platten Lande auf das schwerste zu gefährden. Der Herr Generalsuperintendent stößt, nachdem seine mit Gottesjorn geladene Seele sich in diversen „unerhört“ Luft gemacht hatte, zum Schluß den Schrei nach dem Landtag aus. Dieser Wunsch kann ja dem Herrn, wenn auch wohl in anderem Sinne als er es sich denkt, erfüllt werden. Die Dinge werden in Wirklichkeit wohl einen ganz anderen Verlauf nehmen, als Herr Dibellius es sich gedacht hat. |

Die Ermordung des Leutnants Wirth im Jahr 1918.

Ueber die Einzelheiten dieses Aufsehen erregenden Vorfalls erfahren wir folgendes:

Der Schwager des Pfarrers Schnoor, ein Leutnant Hans Wirth, war nach dem Tode seiner Schwester nach Königshorst gekommen und wohnte im Pfarrhaus selbst. Eines Nachts wurde die sehr ruhige Gemeinde durch die Meldung alarmiert, daß der Leutnant Wirth nachts um 3 Uhr von einem Einbrecher im Frie des Pfarrhauses erschossen worden sei. Der Amtsvorsteher beschickte die Leiche und benachrichtigte dann den damaligen Landjäger, der am Morgen die ersten Untersuchungen anstellte. In der Nacht war Schnee gefallen, doch konnte der Landjäger feststellen, daß durch den Obstgarten ein Mann sich an das Haus herangeschlichen habe. Der Geübte hatte eine Kugel in die Brust erhalten, die das Herz zerrissen hatte. Daraufhin wurde die Staatsanwaltschaft in Neuruppin benachrichtigt, die einen Landgerichtsrat als Untersuchungsrichter entsandte. Von einer bestimmten Seite wurden damals gegen Pfarrer Schnoor in der Gemeinde Angriffe erhoben. So wurde behauptet, daß der Pfarrer ein Verhältnis mit seiner Hausangestellten gehabt habe, und daß es deshalb zwischen den beiden Schwägern zu einem heftigen Streit gekommen sei, in dessen Verlauf

Pfarrer Schnoor den Leutnant Wirth getötet habe. Die Untersuchung der Behörden erstreckte sich zunächst auf die Tatsache, ob der Geistliche Waffen besitze. Die Ermittlungen verliefen jedoch negativ, und es wurde auch festgestellt, daß Wirth, der damals von seiner Truppe entlassen worden war, keinen eigenen Revolver mitgebracht habe, da er seine Dienstwaffen bei der Entlassung gegeben hatte. Die Gendarmerie setzte dann im Garten einen Polizeiposten an, um die Spuren des unbekanntem Täters verfolgen zu können. Das Tier verlegte jedoch, da auf dem frischen Schnee die Witterung nicht haften geblieben war.

Die Nachforschungen nach dem Täter blieben erfolglos, obwohl die Staatsanwaltschaft mehrere verdächtige Personen festnahm. Die Angelegenheit ruhte dann Jahre, bis vor wenigen Wochen ein Bänder Schöndorf aus einem benachbarten Dorf in Haft genommen wurde, gegen den nach 8 Jahren Latroverdict ausgetauscht war. Er wurde jedoch ebenfalls nach einiger Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt, und nun erstattete ein in Charlottenburg wohnender Jagdpächter, der bei Schöndorf wohnte, wenn er auf die Jagd ging, Anzeige gegen Pfarrer Schnoor, indem er alle die Gerüchte zusammenfaßte, die immer wieder aufgetaucht waren, sobald die Behörden sich mit der Ermittlung des rätselhaften Falles beschäftigten. Auf Grund dieser Anzeige, die zunächst anonym einging, wurde dann ein Verfahren eingeleitet, und die Berliner Polizei zur Aufklärung herangezogen. Abgesehen für das neuerliche Eingreifen der Staatsanwaltschaft war mit der Tatsache, daß der Anzeiger behauptete, die Scherben aus dem Fenster, durch das der Täter damals eingestiegen sein sollte, hätten nicht im Juncu des Hauses, sondern im Garten

gelegen. Daraus wurde die Folgerung gezogen, daß Pastor Schnoor den Einbruch vorgeahndelt habe, um die eigene Mordtat zu verschleiern.

Die Erklärung des Polizeipräsidenten.

Der Polizeipräsident von Berlin teilt im Benehmen mit dem Oberstaatsanwalt in Neuruppin mit:

Nach Pressemitteilungen hat der Generalsuperintendent der Kurmark D. Dibellius von der Kanzel herab schwere Angriffe gegen die Berliner Polizei gerichtet und zwar wegen deren Vorgehen in einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren. Das Verfahren betrifft die Lösung des früheren Landwirts Wirth in der Nacht zum 26. Dezember 1918. Wirth wollte damals besuchweise im Hause seines Schwagers, des Pfarrers Schnoor in Königshorst (Osthavelland). Die gleich nach der Lösung eingeleitete strafrechtliche Untersuchung, bei der man von der Annahme ausging, daß Wirth von Einbrechern erschossen worden sei, verlief ergebnislos.

Ende November 1926 ging bei der Berliner Kriminalpolizei das Schreiben eines Königshorster Einwohners ein, der darauf hinwies, daß der Schwager des Erschossenen, der genannte Pfarrer Schnoor, vielleicht selbst als Täter in Frage komme. Er begründete seinen Verdacht mit Vorkommnissen im Pfarrhaus, in deren Mittelpunkt eine damalige Hausangestellte gestanden hätte. Auf Grund dieses Schreibens forderte die Berliner Kriminalpolizei von der zuständigen Staatsanwaltschaft die im Jahre 1918 geführten Ermittlungsakten an und kam bei eingehender Nachprüfung des Sachverhalts zu Ergebnissen, die eine sofortige Reaufnahme der damaligen ergebnislos abgebrochenen Untersuchung forderte. Hierbei hatte die Kriminalpolizei sich selbstverständlich vorher mit der Persönlichkeit des Angeklagten näher beschäftigt und ihn eingehend vernommen.

Das neue Material unterbreitete sie umgehend der Staatsanwaltschaft Neuruppin, die nach sofortiger Überprüfung des Sachverhaltes das

Vorhandensein zahlreicher neuer Verdachtsmomente

für vorliegend ansah und die Berliner Kriminalpolizei um weitere Ermittlungen ersuchte. Im Rahmen dieses von der Staatsanwaltschaft angeordneten Ermittlungsverfahrens vernahm die Berliner Kriminalpolizei mehrere Zeugen, auf die der Anzeigende Bezug genommen hatte. Zu ihnen gehörte auch die frühere Hausangestellte des Pfarrers Schnoor. So machte sich die Vernehmung des Pfarrers notwendig.

Schon dieser äußere Tatbestand zeigt, daß die von Generalsuperintendent D. Dibellius nach Zeitungsmeldungen gegen die Berliner Polizei erhobenen

Angriffe jeder Grundlage entbehren

Hierzu ist im einzelnen zu bemerken:

1. Ausgangspunkt des neu aufgenommenen Ermittlungsverfahrens ist nicht, wie der Generalsuperintendent behauptet haben soll, eine anonyme Anzeige.

2. Die Vernehmung des Pfarrers Schnoor bedeutet keinen „Mißgriff“, keine „Ungeheuerlichkeit“ und auch kein rücksichtsloses Verhalten, sie war eine kriminalpolizeiliche Routinehandlung. Pfarrer Schnoor ist nicht, bei Nacht und Nebel nach Berlin geschleppt, auch nicht „skizziert“ worden. Er ist vielmehr von Berliner Kriminalbeamten gebeten worden, sich zum Zwecke der Aufklärung nach Berlin zu begeben und sich hier einer Vernehmung zu unterziehen; er folgte freiwillig. Eine Vernehmung, gerade in Berlin, wird kriminalpolizeilich geboten, besonders, wenn der Pfarrer hier einer Zeugin gegenübergestellt werden mußte. Im übrigen glaubte die Kriminalpolizei, gerade Berlin als Vernehmungsort für den Pfarrer und die aus seinem Heimatort kommenden Zeugen wählen zu sollen, um nach Möglichkeit jedes unnötige Aufsehen in dem kleinen Orte zu vermeiden. In dem gleichen Bestreben hat die Kriminalpolizei daraufhin mitgewirkt, daß früher beabsichtigte Veröffentlichungen über den Fall unterblieben. Den Generalsuperintendenten trifft allein die Verantwortung, wenn die Angelegenheit jetzt in vollster Öffentlichkeit erörtert wird.

3. Zu einem „Worte der Entschuldigung“, das nach den Zeitungsnachrichten Generalsuperintendent D. Dibellius verlangt, hat sie keine Veranlassung, da sie sich streng im Rahmen des Gesetzes bewegt und jede mit ihrer Amtspflicht zu vereinbarende Rücksicht gegenüber dem Geistlichen beachtet hat. Mit dessen Vernehmung war ein besonderer höherer Kriminalbeamter beauftragt.

4. Wenn Generalsuperintendent D. Dibellius nach den Pressemitteilungen behauptet, daß der Schwager des Pfarrers Schnoor von Kommunisten ermordet worden sei, so ist demgegenüber festzustellen, daß hiervon noch niemals die Rede gewesen ist. Nach der Darstellung, die Pfarrer Schnoor im Jahre 1918 gegeben und auch jetzt wiederholt hat, ist der tödliche Schuß von gewöhnlichen Einbrechern abgegeben worden.

5. Generalsuperintendent D. Dibellius hat nach den Zeitungsnachrichten von der „völligen Haltlosigkeit der Beschuldigungen“ gegen Pfarrer Schnoor gesprochen. Demgegenüber ist zu betonen, daß es sich um ein noch schwebendes strafrechtliches Verfahren handelt, und daß es daher die Strafverfolgungsbehörde im Gegensatz zu dem Generalsuperintendenten ablehnen muß, zur Schuldfrage Stellung zu nehmen. Daß sich im übrigen die Berliner Kriminalpolizei nicht ohne weiteres den Inhalt der Anzeige zu eigen gemacht hat, erhellt schon daraus, daß sie den Pfarrer Schnoor bei den Verhandlungen nicht als Beschuldigten vernommen hat.

Die schweren Angriffe des Generalsuperintendenten D. Dibellius gegen die Polizei haben dem Berliner Polizeipräsidenten Veranlassung gegeben, sich beschwerdeführend an den Oberstaatsanwalt als die vorgelegte Dienstbehörde des Generalsuperintendenten zu wenden.

Der Mord in Schmachtenhagen.

Die Verhandlung vor dem Schwurgericht.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III begann heute unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bamber die Mordprozedur gegen den Arbeiter Joseph Brihl, der beschuldigt ist, in der Kolonie Schmachtenhagen bei Dranienburg den Kolonisten Janson hinterrücks erschossen zu haben. Dieser Prozedur hat dadurch ein interessantes Gepräge erhalten, daß Brihl sein Geständnis, das er bei seiner zweiten Verhandlung ablegte, widerrufen, die eigene Frau des toten Janson beschuldigte und nun ein umfangreicher Indizienbeweis gegen ihn geführt werden mußte.

Mit Hilfe nicht weniger als 67 Zeugen sucht die Anklagebehörde, die Staatsanwaltschaftsrat Bittling vertritt, ihn zu führen. Da auch vier Sachverständige, der Gesängnisarzt Dr. Bürger, Dr. Gutmann, Dr. Keller und der Ingenieur Schmuderer von dem Schießplatz Halensee geladen worden sind, wird die Verhandlung mindestens zwei Tage dauern. Die Tat, um die es sich hier handelt, liegt bereits vier Jahre zurück, denn sie ereignete sich in der Nacht vom 1. zum 2. Mai 1923. Befragt, ob er sich zur Sache äußern wolle, erklärte Brihl, ein 46jähriger Mann mit derben unympathischen Gesichtszügen: „Ich bin hier in der Sache beschuldigt, aber ich weiß von nichts.“ Wie er weiter angab, will er mit seiner Frau an dem kritischen Tage gleich nach dem 9 Uhr

eingekommenen Abendbrot schlafen gegangen sein. Als wir wie gewöhnlich am 2. Mai um 1/2 Uhr morgens aufstanden, fiel Frau Janson, die sonst immer bis 9 oder 10 Uhr schlief, schon umher. Als eine Frau, wie wir hörten, ihr zurief, ihr Mann wäre ja tot, antwortete sie, sie wüßte das schon seit gestern abend. Brihl: Sie wollen also am dem Abend gar nicht fortgegangen sein? Angekl.: Nein, hoher Gerichtshof. Brihl: Beweishalb haben Sie denn bisher immer etwas anderes gesagt? Angekl.: Das weiß ich auch nicht, ich wollte Ruhe haben. Brihl: Nachdem Sie dann verhaftet worden waren, aber wieder entlassen werden mußten, haben Sie verdächtige Äußerungen gemacht, die Ihre erneute Verhaftung zur Folge hatten. Da gaben Sie dann den ganzen Sachverhalt zu. Angekl.: Ich habe nur alles ausgelagt, um Ruhe zu haben. Brihl: Um Ruhe zu haben, beschuldigen Sie sich eines Mordes?

Beethoven-Gedenken.

Der gestrige Sonntag gehörte noch dem großen Toten. Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund brachte ihm in schlichter, tiefst empfundenen Weise seine Huldigung dar. Unter freiem Himmel, im Lustgarten auf der Freitreppe des Alten Museums, hatten die Sängergenossen Auffstellung genommen und brachten unter Walter Hänel's Leitung den feierlichen Gesang „Ehre Gottes in der Natur“, der hier im großen Rahmen unter strahlendem Sonnenlicht über den Häuptern der Sänger zu einem tiefen Erlebnis wurde. Dann sang der Gemischte Chor das „Bundeslied“, ein wenig gehörtes Werk Beethovens, in dem eine seltene Fröhlichkeit des großen Urgeistes mitschwingt. Das Symphonische Blasorchester Groß-Berlin brachte unter Wolfgang Retzlag die „Egmont-Ouvertüre“ und den Marsch aus den „Ruinen von Athen“. Eine ungeheure Zuhörermenge hatte sich eingefunden und lauschte ergreifen den hehren Tönen. Ein Sonntag in des Wortes edelster Bedeutung.

In der Stadthalle Klosterstraße feierte die Gesangsgemeinschaft Koberger d'Arguta den Meister. Nach einer feierlichen Gedenkrede, gesprochen von Gustav Ernst, sang der gutdisziplinierte Chor den Kanon „Freundschaft“, „Der freie Mann“ und noch einige andere sehr wirkungsvolle Gesänge. Die Solistinnen des Abends, Billi Justus und Elsa Sendner, brachten mit feinem besetztem Vortrag „Hochblau Harry“, „Ich liebe dich“ und „Lied aus der Ferne“. Das H-Dur-Trio Op. 11 lag bei einem Kammermusiktrio, bestehend aus Henriette Braun, Klavier, Otto Kluff, Violine und Fr. Decker, Cello, in besten Händen.

Die Stadt Berlin ließ zum Gedenken Beethovens die „Missa solemnis“ in der Philharmonie vorführen. Das Monumentalwerk in seiner ganzen erhabenen Größe löste bei den zahlreichen Zuhörern tiefe, feierliche Stimmung aus. Unter der kundigen Hand des Dirigenten, Prof. Schumann, bot der mächtige Chor der Berliner Singakademie sein Bestes. Die Solisten Ramoth (Sopran), Emmi Veisner (Alt), Gunnar Groarud (Tenor), Professor Fischer (Bass) boten prächtige Leistungen. Leider blieb der Genuß dieser wahrhaft großartig angelegten städtischen Feier durch die Ueberfüllung des Saales vielen verjagt. All die glücklichen anderen aber hatten einen unvergeßlichen Abend.

Familiendrama infolge Vadenkündigung.

Am vorigen Freitag frühmorgens schoß, wie wir berichteten, der 52 Jahre alte Buchhändler Wilhelm Groel in seiner Wohnung, Leonhardtstraße 7 zu Charlottenburg, auf seine Ehefrau, der mit dem Schuß das Nasenbein zerschmettert wurde. Sie selbst schoß er zwei Kugeln in den Kopf. Wir erfahren hierzu, daß die Tat zurückzuführen ist auf die Kündigung des kleinen Buch- und Paplerwarenladens, den Groel bis zur Tat in der Potsdamer Straße unweit der Lützowstraße betrieb. Groel sollte zum 1. April 1926 aus dem Laden aussteigen, einen anderen, ebenfalls gekündigten Laden gemietet, bei dem aber die Kündigung rückgängig gemacht wurde. Auf der erneuten Ladensuche verlor der unglückliche Mann, der vor vier Jahren in einer Heilanstalt war, die Nerven.

500 amerikanische Studenten in Berlin. Die 500 Angehörigen der amerikanischen „Schwimmenden Universität“, die auf ihrer Weltreise mit 70 Hochschullehrern in Hamburg angekommen waren, sind heute mittag um 12 Uhr in Berlin eingetroffen. Sie wurden von den Spitzen der deutschen Behörden und den Vertretern der amerikanischen Botschaft auf dem Bahnhof empfangen. Ihr erster Besuch galt im Laufe des Nachmittags dem Reichstag, wo sie vom Vizepräsidenten Rießer und Geheimrat Galle empfangen wurden.

96. Abteilung. Der Frauenaabend findet nicht heute, sondern morgen statt. 119. Abteilung Lichtenberg. Die Veranstaltung findet heute, abends 7 1/2 Uhr, bei Frau, Mühlendort, Ecke Rittergüterstraße, statt.

Sport.

Eishockeyfinale.

Der zweite Tag des Internationalen Eishockey-Weltturniers nahm schon einen bedeutend interessanteren Verlauf als der Vortag. Wenn die Kämpfe auch nicht gerade zur Begeisterung hinzureichen vermochten, wurden doch vornehmlich im zweiten Spiel zwischen Goeta-Stochholm und Chamoni zeitweise gute Kombination und vorzügliche Einzelleistungen gezeigt. Am ersten Wettspiel — Berliner Schlittschuhklub gegen Sportklub Charlottenburg — waren die BSC'er, die unaufhörlich Angriff auf Angriff nach vorn trugen, von Anfang bis zum Ende stark überlegen. Im ersten Spieldrittel fiel für den BSC. ein Tor, der zweite Teil blieb torlos und im dritten Teil gelang es dem BSC., die Torhüter auf vier zu erhöhen. Der gute SCC-Torwächter Schmidt verhielt eine größere Niederlage seiner Mannschaft. Dann gaben die Schweden und Franzosen ihr Debut. Es war ein interessantes, wechselvolles und faires Spiel, das bis zum dritten Seitenwechsel 2:0 für Goeta stand. Im letzten Drittel landeten die Schweden die Scheibe noch dreimal ins gegnerische Tor. Den Franzosen blieb sogar ein Ehrentor verjagt. Der Sonntag, zugleich auch der Schlußtag der diesjährigen Saison, führte dem Sportpalast noch einmal, wie es an großen Tagen üblich war, starken Besuch zu. Der SCC., der von „Goeta“ mit 10:0 eingepackt wurde, konnte sich auch gestern gegen Chamoni nicht recht zur Geltung bringen. Die Charlottenburger gaben sich als erdenkliche Mühe, doch mußten sie sich von den Franzosen mit 9:3 geschlagen begeben. Mit einiger Spannung wurde dem Hauptkampf zwischen dem BSC. und Goeta-Stochholm entgegengesehen. Es gab auch keine Enttäuschung. Beide Mannschaften zeigten ein hervorragendes Spiel. Die BSC'er waren den Gästen überlegen, dennoch vermochten sie an dem 1:1-Resultat nichts zu ändern. Der schwedische Torhüter war unüberwindlich und ließ sich leider im letzten Spieldrittel zu Regelwidrigkeiten hinreißen. Ueberhaupt wurde schwedischerseits reichlich körperlich gespielt, was Anlaß zu lauten Mißfallensäußerungen gab. Der Schiedsrichter aber — jah nichts.

Rennen zu Strausberg am Sonntag, den 27. März.

1. Rennen. 1. Gommer (Dach), 2. Sturmwind, 3. Duffelkop. Toto: 15:10. Wagh: 13, 19:10. Ferner liefen: Engpaf.
2. Rennen. 1. Morgenpracht (v. Seide), 2. Jutist, 3. Nana. Toto: 14:10. Wagh: 11, 12:10. Ferner liefen: Hans v. Jersch.
3. Rennen. 1. Sieglinde (Käte), 2. Dau, 3. Kreuzer. Toto: 17:10. Wagh: 13, 19:10. Ferner liefen: Baitin (4), Cicada, Lydia, Loel, Beer Gant, Beheiment.
4. Rennen. 1. Sigel (H. Siegl), 2. Donnermetter, 3. Horzrell. Toto: 24:10. Wagh: 13, 15:10. Ferner liefen: Cyema (4), Glücksfunde, Centragal, Ma Berthe, Witola, Spiritist.
5. Rennen. 1. Lemhi (Wattin), 2. Capua, 3. Toldi. Toto: 43:10. Wagh: 16, 11:10. Ferner liefen: Frimadonna II (4), Dittel K., Gumor, Stäfflein, Erce, Hlodilde, Leander, Grille (Rehmant).
6. Rennen. 1. Lucretia (H. Siegl), 2. Impressario, 3. Zelles. Toto: 19:10. Wagh: 16, 13:10. Ferner liefen: Ama (4), Lant.
7. Rennen. 1. Rali (Roriz), 2. Wink, 3. Reiterbege. Toto: 32:10. Wagh: 15, 17:10. Ferner liefen: Deltor (4), Nana, Knaparub, Alexander der Große (4).

